



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 22. Dezember 2016
(OR. en)

15378/16
ADD 1

PV/CONS 67
JAI 1072
COMIX 814

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: 3508. Tagung des Rates der Europäischen Union
(Justiz und Inneres) vom 8. und 9. Dezember 2016 in Brüssel

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

JUSTIZ

A-PUNKTE (Dok. 15124/16 PTS A 101)

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1920/2006 in Bezug auf den Informationsaustausch, das Frühwarnsystem und das Risikobewertungsverfahren für neue psychoaktive Substanzen und Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels hinsichtlich der Drogendefinition [erste Lesung] 3

B-PUNKTE (Dok. 15123/16 OJ/CONS 66 JAI 1032 COMIX 796)

3. Schutz der finanziellen Interessen der Union: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug [erste Lesung] 4
4. Europäische Staatsanwaltschaft: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft..... 4
5. Bereitstellung digitaler Inhalte: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte [erste Lesung] 4
6. Sonstiges..... 5

INNERES

10. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung..... 5
11. Einreise-/Ausreisensystem (EES)..... 6
12. Sonstiges..... 6

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

DONNERSTAG, 8. DEZEMBER 2016

JUSTIZ

A-PUNKTE

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1920/2006 in Bezug auf den Informationsaustausch, das Frühwarnsystem und das Risikobewertungsverfahren für neue psychoaktive Substanzen und Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels hinsichtlich der Drogendefinition [erste Lesung]**

= Allgemeine Ausrichtung

14812/16 CORDROGUE 76 DROIPEN 196 CODEC 1729

+ ADD 1

14809/16 CORDROGUE 73 DROIPEN 193 CODEC 1726 JAI 999 SAN 405

+ COR 1

14810/16 CORDROGUE 74 DROIPEN 194 CODEC 1727 JAI 1000 SAN 406

+ COR 1

vom AStV (2. Teil) am 30.11.2016 gebilligt

Der Rat nahm eine allgemeine Ausrichtung zum Entwurf der Verordnung zur Änderung der EBDD-Verordnung in der Fassung der Anlage zu Dokument 14809/16 und zum Entwurf der NPS-Richtlinie in der Fassung der Anlage zu Dokument 14810/16 im Hinblick auf die Aufnahmen von Trilogem mit dem Europäischen Parlament an.

Erklärung Österreichs

"Österreich kann nicht mittragen, dass die Straftaten nach dem Rahmenbeschluss 2004/757/JI völlig uneingeschränkt auf Neue Psychoaktive Substanzen angewendet werden sollen. Wir verweisen auf unseren Vorschlag, es den Mitgliedstaaten freizustellen, die betreffenden Handlungen, wenn sie in Bezug auf Neue Psychoaktive Substanzen gesetzt werden, nur dann zu bestrafen, wenn sie auf einen rechtswidrigen Gewinn abzielen. Wir finden, dass der Text des Vorsitzes über die Grenzen hinausgeht, die in Art. 83 Abs. 1 AEUV vorgesehen sind („besonders schwere Kriminalität ... , die aufgrund der Art oder der Auswirkungen der Straftaten oder aufgrund einer besonderen Notwendigkeit, sie auf einer gemeinsamen Grundlage zu bekämpfen, eine grenzüberschreitende Dimension haben“)."

B-PUNKTE

3. Schutz der finanziellen Interessen der Union: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug [erste Lesung]

= Sachstandsbericht

15130/16 DROIPEN 205 JAI 1033 GAF 76 FIN 849 CADREFIN 121 FISC 220
CODEC 1806

Der Rat nahm die erzielte vorläufige Einigung mit dem Europäischen Parlament über den Wortlaut des Richtlinienentwurfs zur Kenntnis. Diese Einigung sollte Anfang 2017 bestätigt werden.

4. Europäische Staatsanwaltschaft: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

= Orientierungsaussprache

15057/16 EPPO 32 EUROJUST 161 CATS 95 FIN 845 COPEN 366 GAF 75
CSC 356

15200/16 EPPO 33 EUROJUST 162 CATS 97 FIN 853 COPEN 373 GAF 77
CSC 361

Der Rat:

- kam zu dem Schluss, dass es eine breite Unterstützung für den Text der Verordnung in der Fassung des Dokuments 15200/16 und damit eine gute Grundlage für die Errichtung der Anwaltschaft gibt, dass allerdings noch weitere Beratungen über einige wenige Einzelheiten des Textes nötig sind;
- nahm zur Kenntnis, dass eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft unterstützt sowie dass ein Mitgliedstaat ankündigte, nicht daran teilzunehmen;
- nahm Kenntnis von der in der Anlage enthaltenen Erklärung.

5. Bereitstellung digitaler Inhalte: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte [erste Lesung]

= Orientierungsaussprache

14827/16 JUSTCIV 309 CONSOM 289 DIGIT 139 AUDIO 130 DAPIX 213
DATAPROTECT 102 CODEC 1734

Der Rat führte auf der Grundlage des Dokuments 14827/16 eine Orientierungsaussprache über Fragen im Zusammenhang mit eingebetteten digitalen Inhalten, "anderen Daten" als mögliche Gegenleistung und dem Gleichgewicht zwischen subjektiven und objektiven Konformitätskriterien.

Die Aussprache zeigte, dass weitere eingehende Beratungen auf technischer Ebene erforderlich sind. Der Rat bestätigte den Ansatz für ein Gleichgewicht zwischen subjektiven und objektiven Konformitätskriterien wie in Nummer 33 der Anlage zu 14827/16 vorgeschlagen.

6. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Vorsitz informierte die Delegationen über den Stand der Verhandlungen über die verschiedenen laufenden Gesetzgebungsdossiers und erläuterte die erzielte politische Einigung über den Entwurf einer Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung ausführlicher.

FREITAG, 9. DEZEMBER 2016

INNERES

10. Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Neuansiedlung

- a) **Dublin: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (erste Lesung)**
- b) **Aufnahmebedingungen: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Antragstellern auf internationalen Schutz (Neufassung) [erste Lesung]**
- c) **Anerkennung: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen [erste Lesung]**
- d) **Verfahren: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU [erste Lesung]**
- e) **Neuansiedlungsrahmen: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates [erste Lesung]**
= Sachstandsbericht
14708/16 ASILE 80 ASIM 157 RELEX 972 CODEC 1704
- f) **Europäisches System zum Vergleich der Fingerabdruckdaten (Eurodac): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der [Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist], für die Identifizierung eines illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen und zu Ersuchen von Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und von Europol um Abgleich mit Eurodac-Daten zu Strafverfolgungszwecken (Neufassung) [erste Lesung]**
= Partielle allgemeine Ausrichtung
15119/16 ASILE 86 EURODAC 23 ENFOPOL 448 CODEC 1801

- g) **Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Asylagentur der Europäischen Union und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 439/2010 [erste Lesung]**

= Sachstandsbericht

14106/1/16 REV 1 ASILE 72 CODEC 1592 CSC 347

Der Rat nahm den Stand der laufenden Beratungen über die Vorschläge zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zur Kenntnis und legte eine partielle allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für Eurodac fest. Der Rat wird die Prüfung des GEAS-Reformpakets auf einer seiner nächsten Tagungen wiederaufnehmen.

11. Einreise-/Ausreisensystem (EES)

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten sowie der Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zur Festlegung der Bedingungen für den Zugang zum EES zu Strafverfolgungszwecken und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 und der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 [erste Lesung]**

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 2016/399 in Bezug auf die Nutzung des Einreise-/Ausreisensystems (EES) [erste Lesung]**

= Sachstandsbericht

15350/16 FRONT 481 VISA 391 CODEC 1845 COMIX 812

Der Rat bestätigte das Ergebnis der Beratungen des Gemischten Ausschusses und ersuchte den Ausschuss der Ständigen Vertreter, weiterhin daran zu arbeiten, so bald wie möglich Einvernehmen über das Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über den gesamten Text zu erzielen.

12. Sonstiges

- **Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen**

Der Vorsitz informierte die Delegationen über den Stand der Verhandlungen über die verschiedenen laufenden Gesetzgebungsdossiers.